

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Bezugspreise:
Ausgabe A mit 2 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In
Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland
frei Haus 2,50 M.; in Oesterreich 4,48 K.
Ausgabe B nur mit Feierabend Beilage 1,80 M. In
Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei
Haus 2,20 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Str. 10 J.
Redaktions-Sprechstunde: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Rückgabe eingekaufter Schriftstücke macht sich die Redaktion
nicht verantwortlich; Abrechnung erfolgt, wenn Rückgabe be-
gründet ist. Beilagen-Kontingente sind nicht zurückzugeben.

Angaben:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten 10 Uhr, von Familien-
angelegenheiten bis 12 Uhr.
Preis für die Zeitungsbeilage 20 J., im Reklameteil 60 J.
Für unbrauchbar geschriebene, sowie durch Fernsprecher auf-
gegebene Eingänge können wir die Verantwortlichkeit für die
Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Verlagsstelle und Redaktion Dresden, Goldschmidtstr. 46

Nr. 269

Fernsprecher 1366

Dienstag, den 26. November 1912

Fernsprecher 1366

11. Jahrg.

Porzellan

Kristall

Gebrauchs- und Luxus-
gegenstände

Königl. Hoflieferant
Anhäuser

Dresden, König-Johann-Str.

Das Schicksal des Kirchensteuergesetzes in der Zweiten Kammer

II.

Den Beweggrund der Furcht, es könnte der Haushalt mehrerer evangelisch-lutherischer Kirchengemeinden durch den Ausfall der Steuern Andersgläubiger schwer erschüttert werden, hatte die Regierung befriedigend aus der Welt geschafft. Sie hatte eine bis ins kleinste Detail ausgearbeitete Tabelle durch das Statistische Landesamt ausarbeiten lassen, worin die einschlägigen Steuerverhältnisse dargestellt sind. Alle Kirchengemeinden, deren Ausfall über 1/2 Prozent der gesamten Kirchensteuer ausmacht, werden als unterstützungsbedürftig angesehen. Es ergab sich für ein Gesamtbetrag von 30 000 Mark, welchen die Regierung für die ersten Jahre aus den Reichseinnahmen für die bedürftigen Gemeinden zu zahlen sich bereit erklärte. Und als in der Deputation von konservativer Seite der Vorschlag gemacht wurde, der obersten evangelisch-lutherischen Kirchenbehörde eine Summe zur Verfügung zu stellen, woraus der Ausfall der geschädigten Kirchengemeinden gedeckt werden könnte, erklärte die Regierung, für diesen Zweck ein Kapital von 600 000 Mark zu bewilligen. Genereller konnte doch nicht vorgegangen werden.

III das Vermögen die Mehrheit nicht zu bestimmen, von ihrer Segnerkraft abzulassen. Mithin änderte sich das Bild, als Herr Kultusminister Dr. Beck mit aller Entschiedenheit erklärte, daß das Kirchensteuergesetz für die Regierung ohne die Befreiung Andersgläubiger von Kirchensteuern unannehmbar sei. Die Segner sollten annehmbare Vorschläge machen, wodurch die Ungerechtigkeit beseitigt würde. Da kam ein Abänderungsvorschlag der konservativen und nationalliberalen Partei. In diesem Vorschlag wurde in § 7 festgesetzt, daß von den kirchlichen Besitzwechselabgaben befreit seien: 1. a) solche juristische Personen und Personenvereine, die unmittelbar den religiösen Zwecken eines anderen Bekenntnisses als desjenigen der Kirchengemeinde dienen, oder, was die Personenvereine betrifft, sich jagungsgemäß nur aus Mitgliedern eines anderen Bekenntnisses als desjenigen der Kirchengemeinde zusammensetzen und ausschließlich die

Unterstützung der Angehörigen des Bekenntnisses der Vereinsmitglieder bezwecken; b) natürliche Personen, die nicht dem Bekenntnis der Kirchengemeinde, jedoch einer Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören, der im Königreich Sachsen durch Gesetz das Recht zur Erhebung öffentlicher Steuern verliehen ist und die Besitzwechselabgaben erhebt." Und in § 13 wurde bestimmt: "Von der kirchlichen Grundsteuer sind befreit: Grundstücke im Eigentum der in § 7 Ia und 1b genannten Personen und Personenvereine. Die Vorschrift des § 7 Ia Absatz ist anzuwenden." Wenn wir die Tragweite dieser beiden Bestimmungen betrachten, so ergibt sich, daß die katholischen Grundbesitzer in Zukunft ihre Kirchensteuern und Besitzwechselabgaben nicht mehr für die evangelisch-lutherischen Kirchenlasten zu zahlen haben; ebenso verhält es sich mit den evangelisch-lutherischen Schulklassen, deren Bestimmung im Schulsteuergesetz konform geändert wurden. Bei der Abstimmung wurde diese Bestimmung mit 49 gegen 37 Stimmen angenommen. Auch nach dem neuen Schulsteuergesetz fließt die Steuer der Katholiken in Zukunft den katholischen Schulgemeinden ungeschmälert zu. Diese Steuerfreiheit Andersgläubiger genießen nur die Mitglieder jener Religionsgemeinschaften, welche das Recht zur Erhebung öffentlicher Steuern besitzen. Gegenwärtig ist das nur die katholische Kirche. Die Reformierten, die Deutschlutherischen und Presbyterien haben das Recht nicht, denn sie decken ihre Bedürfnisse durch freiwillige Spenden. Ebenso müssen die Dissidenten auch in Zukunft Kirchensteuern zahlen. Diese letztere Bedingung stellen wahrlich die Konservativen, wenn sie die §§ 7 und 13 annehmen wollten. Die Regierung hatte beantragt, prinzipiell jeden Andersgläubigen, also auch die Dissidenten, von einer fremden Kirchensteuer zu befreien. Um nicht das ganze Gesetz scheitern zu lassen, brachten die Nationalliberalen das Opfer und traten für die Beschränkung ein, mit der sich auch die Regierung schließlich einverstanden erklärte. Freisinn und Sozialdemokraten stimmten dagegen.

Damit ist aber erst ein großer Teil der berechtigten Beschwerden seitens der Katholiken in Beifall gekommen. Der Gesetzesentwurf enthält in § 25 und 26 die Bestimmung über die Verteilung der Kirchensteuern seitens der juristischen Personen, Personenvereine und Vermögensstellen nach § 23 des Gemeindesteuergesetzes an jenen Orten, wo es eine konfessionelle Mehrheits- und eine Minderheitsgemeinde gibt. Die Regierung schlug vor, aus den Kirchen- und Schulsteuern der juristischen Personen sei der katholischen Minderheitsgemeinde ein Betrag nach Verhältnis der bei der letzten Volkszählung festgestellten Seelenzahl beider Gemeinden am Orte zu geben.

Gandel mit Gemüse. In der letzten Woche sind bereits 40 Zentner Weißkohl zum Preise von 2 Pfennig pro Pfund verkauft worden. Das Gemüse wird am Kleinhandler verkauft, die ihrerseits sich verpflichten müssen, zu den von der Stadt festgesetzten Preisen nur in kleinen Mengen an die Bevölkerung weiterzugeben. Im kommenden Jahre sollen große Mengen Gemüse auf den städtischen Ländereien angepflanzt werden.

Zu einem guten Braten gehört auch ein frischer Trank. Nun ist auch die Milch schon wieder 3/4 Pfennig pro Liter aufgeschlagen. Dann greift man zum Bier. Aber o weh! Auch dieser Genuß wird verteuert, denn eine neue Biersteuer ist vom Magistrat für Berlin geplant, und schon haben die Bierbrauer und Gastwirte in einer Protestversammlung das dürftige Publikum schonend darauf hingelenkt, daß es bei dem geringen Verdienst der Angehörigen des Brauerei- und Gastwirtsberufes diese Steuer bei dem hohen Genuß des erwiderten Gerstenstoffes tragen müsse. Wie haben es doch da die Antialkoholiker wieder einmal gut!

Albanien und die albanesischen Häfen.

Die Ursache der serbisch-österreichischen Spannung liegt bekanntlich darin, daß Serbien hartnäckig darauf beharrt, es müsse zum Zwecke der größeren Entfaltung seiner wirtschaftlichen Zwecke ein „Fenster“ am Adriatischen Meer besitzen. Zu diesem Zwecke sollen der von Monte negro bereits besetzte Hafen San Giovanni di Medua und Durazzo dem serbischen Gebiete einverleibt werden. San Giovanni di Medua ist einer der wichtigsten Plätze des nördlichen Albanien. Dieser Hafen gilt nicht allein als Hafen für Skutari, sondern er ist der einzige fast für das ganze Drinagebiet. Momentan jedoch würde dieser Hafen wegen seines gegenwärtigen Zustandes den Serben wenig Vorteile bringen können, denn es wären große und kostpie-

Die Mehrheit der Deputation hatte aber in der Kammer beantragt, daß diese Verteilung nicht nach der Seelenzahl beider Gemeinden am Orte zu erfolgen habe, sondern nach der bei der letzten Volkszählung festgestellten Zahl der reichsangehörigen Mitglieder. Bei der Beratung und Abstimmung über diese beiden Paragraphen, die zusammen behandelt wurden ereigneten sich nun Vorgänge, die dringendst der offiziellen Aufklärung bedürfen. Wir werden sie daher in einem weiteren Artikel besonders behandeln.

Die Konservativen glauben über die Rechte der Landeskirche wachen zu müssen und bezweifelten in der Frage der Dissidenten das Landeskonfistorium, das in einer Verordnung vom 22. Juni 1883 sich zu dem wichtigen Sache bekannte: „Es widerspricht dem natürlichen Rechtsgefühl. Personen, welche aus der Kirchengemeinde förmlich austreten und daher nicht mehr Mitglieder derselben sind, noch zur Bestreitung kirchlicher Bedürfnisse, an welchen sie keinen Anteil haben, heranzuziehen.“ Allerdings haben sich seit den 80er Jahren die Verhältnisse gewollig geändert. Es wird jetzt besonders von sozialdemokratischer Seite direkt angefordert, den christlichen Kirchen den Rücken zu drehen. Wir finden daher die Sorge der Konservativen begründet, sobald sie nur auf das Machtgefühl, auf die Seelenzahl und nicht auf den inneren Wert Gewicht legen.

Aus diesen kurzen Ausführungen über die Verhandlungen vor und hinter den Kulissen sehen wir die Schwierigkeiten, welche die Regierung zu überwinden hatte. Nur ihrem festen Willen danken wir es, daß uns Katholiken Gerechtigkeit geschehen wurde. Noch immer bleibt ein Aderbisseßel zurück bezüglich der juristischen Personen, das vorläufige Reglement erheischt. Sollen wir, daß auch die letzten Reste einer traurigen Zeit schwinden werden. Den konfessionellen Frieden aber hat die Regierung befestigt; dessen kann sie sicher sein.

Ernfte Lage

In erster Stunde ist am Ende der vorigen Woche der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand beim deutschen Kaiser zu Besuch eingetroffen. War dieser Besuch auch schon seit längerer Zeit vorgeesehen, so kann doch kein Zweifel darüber mehr bestehen, daß derselbe den Rahmen einer freundschaftlichen Zusammenkunft weit überschreitet und eminent politische Bedeutung haben muß. Wer das noch in Zweifel ziehen möchte, könnte sich eines anderen belehren lassen durch den in aller Stille erfolgten Besuch des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs Feldmarschallleutnant v. Schemma beim deutschen Generalstabschef von Moltke. Am gleichen Tage mit dem Erzherzog-Thronfolger, nur eine Stunde früher, traf er in der Reichshaupt-

lige Hafenbauten notwendig, damit San Giovanni di Medua jene Bedeutung erhalte, die es unter Umständen haben könnte. Eben aus diesem Grunde hegt man berechtigtes Misstrauen dagegen, daß Serbien bei seinen Hafenansprüchen an der adriatischen Küste nur wirtschaftliche Zwecke und Ziele verfolgen will.

Der wichtigste Hafen Albanien ist Durazzo, der schon im Mittelalter ziemlich berühmte besaß. Die Geschichte Durazzos ist eine sehr wechselvolle. War schon dieser Hafen Albanien im Altertum viel umstritten, so war auch im Mittelalter Durazzo in verschiedenen Händen, bald in jenen der Byzantiner, bald in denen der Neapolitaner. Zeitweilig stand Durazzo unter der Herrschaft Venedigs. Schließlich im Jahre 1502 wurde Durazzo von den Türken erobert und besetzt.

Dieselbe wechselvolle Geschichte wie Durazzo hat auch Albanien selbst. Es war lange Zeit hindurch ein unabhängiger Staat, kam aber schließlich unter die Herrschaft der Türken. Allerdings ist es den letzteren niemals ganz gelungen, ganz und gar unterworfen zu werden. Die Albanesen genossen auch gewisse Vorrechte. Unter Abdul Hamid waren sie von der Abgabe der Steuern, sowie vom Militärdienst befreit. Erst die Jungtürken machten den Versuch, den Albanesen die ungeschulten Privilegien zu entreißen. Seit dieser Zeit datieren auch die Aufstände der Albaner, deren Freiheitsgefühl sich mächtig gegen die Bedränger aufblähte. Die Bewohner Albanien gehören übrigens zu den ältesten Völkern, die die Balkanhalbinsel bewohnen und sie haben dieselben Rechte auf Unabhängigkeit wie die Bulgaren, Serben, Montenegriner usw. Wenn man daher auf dem Standpunkte steht, der Balkan den Balkanvölkern, dann gebietet es auch Logik und Gerechtigkeit, daß man sich zu der Formel bekennt: „Albanien den Albanern!“

Kleines Feuilleton

Die Teuerung in Berlin

Berlin hat einen eigenen Dezerenten an die Spitze der Fleischnotbewegung gesetzt. Viele Schwierigkeiten waren und sind noch zu überwinden. Zuerst streikten die Fleischergesellen, die an die Grenze entsandt worden waren. Sie wollten mehr Lohn. Dann arbeiteten die Fleischmeister mit aller Macht daran, das russische Fleisch, das sich einer sehr regen Abnahme durch die Bevölkerung erfreut, zu verdrängen. Laut bekrielt sie die Qualität des Fleisches, machen häßliche Bemerkungen über die Käufer, das billige Fleisch sei doch nur für „arme Leute“, bald behaupten sie auch wieder, das Fleisch sei ausverkauft, was nicht immer den Tatsachen entspricht, oder sie geben so viele Knochen zu, daß das billige Fleisch noch teurer wird wie das teure. Im Laufe dieser Woche werden von der Arbeiterkonsumgenossenschaft 25 Verkaufsstellen eröffnet. In der Berlin-Wilmersdorfer Fischhalle fand Montag der erste Verkauf von Speisemuscheln unter städtischer Aufsicht statt. Die Muscheln, die zum Preise von 25 Pfennig für drei Pfund und 45 Pfennig für sechs Pfund lebendfrisch angeboten wurden, fanden reizende Abnahme. Dabei erhielt man eine Gebrauchsanweisung mit zahlreichen Kochrezepten und Kostproben. Außer dem Fleischverkauf betreibt Berlin auch noch selbst große Viehzucht. Auf sechs städtischen Gütern bestehen schon Einrichtungen für die Zucht von jährlich 3000 bis 4000 und die Mast von 4000 bis 5000 Schweinen. Dabei sind noch Vermehrungen dieser Schweinezuchten, zunächst auf zwei Stadtgütern vorgeesehen. Krenkerst rühmlich ist die Stadtverwaltung von Berlin-Schöneberg. Im letzten Jahre machte sie schon den Anfang mit den städtischen Verkaufsstellen für Seefische. Jetzt betreibt sie außer dem Verkauf von Seefischen, Fleisch und Kaninchen auch einen

Der Balkankrieg

Die Lage der Türken an der Tschataldschalinie
 ist besser geworden durch den Rückgang der Cholera, vor allem aber durch den für die Truppen günstigen Ausgang der bisherigen Gefechte. Die Bulgaren hoben an der Tschataldschalinie nicht nur keine Erfolge gehabt, sondern sie erlitten sogar, hauptsächlich durch die Ueberlegenheit der türkischen Artillerie, mehrere Schlägen. Von großen Infanteriekämpfen hat man bisher nur wenig an der Tschataldschalinie gehört. Aber die Nizamtruppen, die dort stehen und die täglich neue Reserven aus Kleinasien erhalten, sollen sehr guten Geistes sein und die Kriegsberichterstattung berichten übereinstimmend über das erfreuliche Bild „essender Soldaten“. Allerdings sollen auch die Bulgaren durchaus nicht die Absicht aufgegeben haben, die Tschataldschalinie zu forcieren. Nach einem Wiener Telegramm wollen

die verbündeten Heere
 doch noch in Konstantinopel einziehen, die Bulgaren warten nur ab, bis ihre Armee von serbischer und griechischer Seite genügend gestärkt und ergänzt ist, um dann von neuem zum Angriff überzugehen. Es steht also eine neue große Schlacht an der Tschataldschalinie bevor, wenn

die Waffenstillstandsverhandlungen
 nicht früher zum Ziele führen. Diese Verhandlungen sind nach Meldungen Pariser Blätter wieder aufgenommen worden. Es sollen in den letzten Tagen wiederholt Beratungen stattgefunden haben.

Belgrad, 24. November. Die Schlacht bei Monastir spielte sich in einem Raume von 50 Kilometer Breite ab und war äußerst blutig und erbittert. Nach Privatmeldungen blieben auf dem Schlachtfelde 17 000 Leichen und 30 000

türkische Verwundete liegen. Die serbischen Truppen hatten 3000 Tote und eine große Anzahl von Verwundeten. Beide Gegner kämpften mit wahrer Todesverachtung. Die serbischen Truppen stürmten mit größter Todesverachtung die türkischen Batterien trotz des mörderischen Kartätschen- und Schnellfeuere.

Konstantinopel, 24. November. General Tor- gut Schewket Pascha ist mit dem Oberbefehl über die bei Gallipoli zur Abwehr eines griechisch-bulgarischen Angriffs auf die Dardanellen zusammengeworbenen Truppen beauftragt worden.

Athen, 24. November. Wie das Kriegsministerium mitteilt, hat gestern ein Kampf zwischen einer türkischen und einer griechischen Abteilung stattgefunden, wobei die Türken mit einem Verlust von 200 Mann in die Flucht geschlagen wurden. Die Griechen hatten nur 3 Tote und 10 Verwundete.

Sofia, 24. November. Hier ist ein Fall von Cholera festgestellt worden. Der Kranke befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung. Es sind energische Maßnahmen getroffen, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern.

Konstantinopel, 24. November. Der Minister des Äußeren hat den Vertretern von Wolffs Telegraphischem Bureau erklärt, daß neue Verhandlungen mit Bulgarien über den Friedensschluss noch nicht begonnen hätten und auch noch keine neuen Vorschläge Bulgariens eingegangen seien. Die Türkei werde nur stark modifizierte Vorschläge diskutieren. Die früheren seien undiskutierbar, jetzt nach den klaren Erfolgen von Tschataldscha noch mehr als vorher.

stadt ein, um dann wieder still und unauffällig, wie er gekommen war, nach Wien zurückzukehren.

Etwas ganz Außergewöhnliches und Beunruhigendes braucht man bei der gegenwärtigen Zeitlage hierin nicht zu erblicken; nur der noch nicht gemeldete Ernst der Lage und die Einmütigkeit der beiden verbündeten Mächte werden dadurch aufs neue beleuchtet. Mögen die militärischen Vorbereitungen der Donaumonarchie jetzt auch vielleicht mit größerer Energie betrieben werden, wie die jüngsten Meldungen aus Oesterreich vermuten lassen, so ist darin doch nichts Alarmierendes zu sehen. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist es ihrer exponierten Stellung schuldig, die Möglichkeit einer weiteren Zuspitzung der Lage ins Auge zu fassen. Sie hat den serbischen Herausforderungen gegenüber solbist Besonnenheit und Rücksicht geübt, hat ihre Forderungen auf ein solches Mindestmaß herabgeschraubt, daß sie es ihrer Selbstachtung schuldig ist, dem kleinen Nachbar und seinen Hintermännern zu Gemüte zu führen, daß auch ihre Geduld ein Ende haben wird.

Die österreichische Vereitlichkeit hat einen starken Rückhalt an Italien und besonders am Deutschen Reiche. Es kann nur friedensfördernd wirken, wenn nicht nur die Balkanstaaten, sondern auch das übrige Europa sich der Ueberzeugung unumwunden entziehen können, daß der Dreibund stärker und fester geeint denn je dasteht, daß Deutschland und Italien bereit und willig sind, ihre Bundestreue in jedem Umfange zu bewahren, wenn die Geltendmachung österreichisch-ungarischer Interessen dies erfordern sollte. In dieser Einigkeit und Stärke des Dreibundes liegt gegenwärtig die beste Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens.

Es ist übrigens von Anfang an das erste Bestreben des Dreibundes gewesen, gerade im jetzigen Balkankonflikt eine Verständigung aller Großmächte herbeizuführen, und vor allem Oesterreich-Ungarn wird man die Anerkennung nicht verweigern können, daß es sein Möglichstes getan hat, um der internationalen Lage Schärfe und Spitze zu nehmen, und daß es wahrhaftig nicht die Schuld trägt, wenn der Balkankrieg trotz all seiner Gegenbemühungen dennoch zum Ausbruch gekommen ist. Des Oesterreich hat Oesterreich nachdrücklich erklärt, daß es bei der jetzigen Orientkrise nicht auf Ländererwerb ausgehe, sondern nur Lebensinteressen wahren wolle.

Auch der serbisch-österreichische Konflikt wird seinen Krieg zur Folge haben — wenn das kleine Serbien sich nicht von Rußland gestützt fühlt. Darum richtet die „Königliche Zeitung“ folgenden Appell an Rußland: „Man darf wohl erwarten, daß nunmehr bald die russische Regierung ein Wort der Beruhigung spricht und daß der Raummel, der die Serben ergriffen hat, und der sich in Belgrader Neußerungen, welche die Pariser Presse wiedergibt, geradezu als pathologisch darstellt, endlich der politischen Vernunft Platz macht.“

Ueber österreichische Mobilisierungen sind allerhand Gerüchte im Umlauf. In Gegenfolge zu diesen Nachrichten steht folgende Meldung des „Wiener N. N. Korrespondenz-Bureau“: „Durch die alle Gerüchte von einer Mobilisierung demüthigt werden: Die in ausländischen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über umfangreiche militärische Vorkehrungen Oesterreich-Ungarns sind stark übertrieben. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Komplettierung der Friedensstände einzelner Truppenkörper, somit um eine einfache Sicherungsmaßnahme. Daher sind alle Gerüchte einer Mobilisierung vollkommen haltlos.“

Deutsches Reich

Dresden, den 25. November 1912

— **Zur Reichstagspräsidentenwahl.** Nachdem sich sowohl die Jungliberalen als auch die Nationalliberalen Korrespondenz für eine Wiederwahl Kämpfs zum Präsidenten des Reichstags ausgesprochen haben, meint jetzt die Süddeutsche nationalliberale Korrespondenz, die nationalliberale Partei müsse von vornherein die aktive wie die passive Wahlbeteiligung für ein Präsidium ablehnen, in dem nicht auch ein Konservativer stehe. Man sieht, wie einmütig wieder einmal die nationalliberale Partei ist.

— **Ein Luftkottengesch** wollen nach der Tögl. Rundschau große Parteien im Reichstage beantragen, um dadurch Mittel zum Ausbau einer Luftflotte bereitzustellen zu können, die als zu gering betrachtet werden. Die Verhandlungen über den Antrag sind erledigt, er soll von hervorragenden Abgeordneten verschiedener Parteien unterschrieben sein.

— **Freiherr von Cramer-Klett katholisch geworden.** Der bayerische Reichsrat, Hauptbesther der großen vereinigten Maschinenfabrik in Augsburg und Nürnberg, hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, am Sonntag dem für seinen Münchener Wohnsitz zuständigen protestantischen Dekan seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt, um zur katholischen Kirche überzutreten. Obwohl dieser Schritt bei der bekannten Gesinnung des Herrn v. Cramer-Klett zu erwarten war, wird sein Glaubenswechsel gleichwohl großes Aufsehen hervorrufen.

— **Zur Jesuitenfrage** erfährt das Organ des evangelischen Bundes, die Tägliche Rundschau Nr. 551, die über die Behandlung der Jesuitenfrage bei der Regierung merkwürdiger Weise stets zuerst unterrichtet sein will, daß Preußen eine Auslegungsformel ausgearbeitet hat, die dem Bundesrat als Vorschlag Preußens vorgelegt werden wird. Der preussische Vorschlag bewegt sich auf dem Boden der bisherigen Auslegung des Jesuitengesetzes, vermeidet es aber, den Erlaß der bayerischen Regierung als unvereinbar mit den gesetzlichen Bestimmungen hinzustellen. Die Tendenz der preussischen Formulierung geht dem genannten Blatt zufolge darauf hinaus, den Jesuiten jede geistliche Tätigkeit zu unterbinden, durch die sie innerhalb der Reichsgrenzen seelsorgerischen Einfluß ausüben könnten. Man darf daher annehmen, meint das Blatt, daß die stille Wesse und die Darreichung der Sterbesakramente die einzige erlaubte geistliche Tätigkeit der Jesuiten sein werde. Die vom Bundesrat 1872 verbotenen Missionen und die später von der Jesuitenprovis „eingeschwärzten“ Konserenzen, wie sich die Tögl. Rundschau geschnackvoll ausdrückt, werden

in der preussischen Formulierung zwar nicht erwähnt, dies beruhe jedoch auf der Voraussetzung, daß diese Missionen und Konferenzen selbstverständlich mit dem Gesetz unvereinbar seien. Die vorläufige Anregung der preussischen Regierung soll auf einen Ton gestimmt sein, der in Bayern keine Nichtstimmung erregen soll. Die Annahme des preussischen Vorschlages im Bundesrat bezeichnet das evangelische Bundesorgan als sehr wahrscheinlich. Sollte dies der Fall sein, vorausgesetzt, daß die Angaben der Tögl. Rundschau über Inhalt und Tendenz des preussischen Vorschlages das richtige treffen, wird das katholische deutsche Volk ein solches Vorgehen der Regierung nicht anders als eine Vergewaltigung aus Entgegenkommen und Furcht vor dem hegerischen Treiben gewisser Elemente betrachten können. Es wird aber nie aufhören, die Beseitigung des schmachvollen Jesuitengesetzes zu verlangen, sein Ruf würde dann erst recht dringlich und stark werden.

— **Ein halber Großblock** ist in Württemberg für die Stichwahlen zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie zustande gekommen. Die Wahl wird ausgekämpft in 13 Wahlkreisen. Zurückgezogen werden die sog. Kandidaten in 6 Wahlkreisen. In 3 Wahlkreisen unterfährt die Sozialdemokratie die Volkspartei, in 2 Wahlkreisen tritt die Volkspartei für den Sozialdemokraten ein. Die Zurückziehung der 6 sog. Kandidaten erfolgt in jenen Bezirken, in denen eine Aufrechterhaltung der Kandidaturen einer Begünstigung des Zentrums oder des Bauernbundes gleichkommen würde. Zum Verständnis der Abmachungen sei noch bemerkt, daß im 2. Wahlgang die relative Mehrheit genügt, also alle Kandidaturen aufrecht erhalten werden können. Die Nationalliberalen nehmen an dem Großblock-Abkommen nicht teil.

— **Die angeblich schlechte Behandlung Berlins**, über die oft Klage geführt wird, erhält durch die jetzt dem preussischen Abgeordnetenhaus gegebenen Nachweisungen über die Rentabilität der Berliner Stadt- und Ringbahn wieder einmal eine eigene Beleuchtung. Danach hat, wie die Kreuzzeitung zu berichten weiß, die Stadt- und Ringbahn nicht einmal ihre Betriebskosten aufgebracht; für 1911 ergab sich ein Fehlbeitrag von 462 600 Mk. Von einer Verzinsung des Anlagekapitals von 238 Millionen Mk. ist überhaupt keine Rede. Das arme Berlin mit Vororten läßt sich also 10 Millionen Mk. jährlich vom Staate schenken, d. h. wenn man die Verzinsung des Anlagekapitals nur mit vier Prozent rechnet, in Wirklichkeit rentiert das Staatsbahnenkapital doppelt so hoch. Auch ist zu beachten, daß es sich bei der Stadt- und Ringbahn um einen reinen Lokalverkehr handelt, der in keiner Weise als Zubringer für Hauptbahnen dient, also etwa dadurch einen Ersatz für die mangelnde Rentabilität gewährte. „Je größer die Wohlhabenheit und das Steuerkapital, um so geringer die Ansprüche, die Billigerweise an die Allgemeinheit zu erheben sind“, bemerkt hierzu die Kreuzzeitung. Die Berliner Kirchturnspolizei wird es nicht hindern, daß der Gedanke einer Ausgleichung zwischen den an den verschiedenen Stellen des Landes ganz verschiedenartigen kommunalen Belastungen immer mehr an Boden gewinnt. Die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen, kann keine Aufgabe der staatlichen Kommunalpolitik sein.

Aus dem Auslande

Aus den deutschen Kolonien.

— **Reichsgesetze für die Kolonien.** Der neue Etat enthält folgende Reichsgesetze: Ostafrika 3 603 687 Mk., Kamerun 2 803 696 Mk., Südwestafrika 4 755 650 Mk., Neu-Guinea einschließlich der Inselbezirke der Südsee 1 327 267 Mk., Kiautschau 9 507 780 Mk., Zusammen 31 998 080 Mk. Hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in den Schutzgebieten ist es bei der bisherigen Uebung geblieben. Die Ausgaben sind für 1913 auf 3 970 157 Mk., die Einnahmen auf 2 421 980 Mk. veranschlagt worden, so daß sich für das Reich ein Ausgabeüberschuß von 1 548 227 Mk. ergibt.

China

— **Die Jesuiten in China.** Daß China überhaupt nie so absolut sich gegen westliches Wissen abschloß, wie manche

dies meinen, geht schon aus der Tatsache hervor, daß schon vor 300 Jahren die Jesuiten von der Regierung und hochstehenden Mandarinen aufgefordert wurden, wissenschaftliche Werke Europas ins Chinesische zu übersetzen, das Kalenderwesen mitsamt dem damit zusammenhängenden Kulte an gewissen Tagen des Jahres zu reformieren; mehrere Male mußten die Jesuiten sich sogar dazu herbeilassen, aus besserem Material zu gießen, kurz, was in die damaligen Missionare an westlichem Wissen mitgebracht hatten, das sollten sie auch für das Wohl Chinas verwenden. Dies alles geschah, trotzdem man sie als Ausländer und Verkünder einer fremden Religion haßte und verfolgte.

Das neue Volksschulgesetz und die Erste Kammer

Der Bericht der Zwischendeputation der Ersten Kammer über den Volksschulgesetzentwurf umfaßt einen stattlichen Band von 191 Seiten und gibt Auskunft über die umfangreiche Arbeit, die auch von der Zwischendeputation der Ersten Kammer für das Zustandekommen der sächsischen Volksschulreform geleistet worden ist. Bekanntlich hatte die Zwischendeputation der Ersten Kammer im Gegenfalle zu derjenigen der Zweiten Kammer keine Berichte über ihre Verhandlungen veröffentlicht.

Bei § 1, der bekanntlich die Aufgabe der Volksschule behandelt, beantragt die Deputation, am Schluß noch die Worte hinzuzufügen: „Die Liebe zu König und Vaterland, zu Kaiser und Reich ist zu wecken und zu pflegen.“ Im übrigen beantragt die Deputation, diesen Paragraphen unverändert nach der Regierungsvorlage anzunehmen. Bekanntlich hatte die Zwischendeputation der Zweiten Kammer, sowie die Abgeordneten Dr. Schanz und Lange- Leipzig und Genossen gleichfalls Abänderungsanträge gestellt § 2 des Gesetzes, betreffend die Unterrichtsgegenstände soll nach den Vorschlägen der Ersten Kammer gleichfalls eine Abänderung bezüglich des Religionsunterrichtes erhalten, die folgenden Wortlaut hat: „Der Religionsunterricht ist innerhalb des Bekenntnisses der betreffenden Kirche zu erteilen. Auch bezüglich des § 3, der die Bestimmung der Volksschule behandelt, hat die Zwischendeputation der Ersten Kammer nachstehenden Abänderungsantrag gestellt: „Der freien Entscheidung der Schulgemeinde ist überlassen, ob sie neben ihrer Volksschule eine höhere Volksschule unterhalten will.“ Hieran schließen sich weitere Abänderungsanträge zu § 4, betreffend die Schulpflicht. Die ersten Wünsche dieses Paragraphen sind nach den Beschlüssen der Zwischendeputation der Zweiten Kammer angenommen worden. Dagegen beantragt die Zwischendeputation der Ersten Kammer zu diesem Paragraphen noch folgende Zusätze: „Der Beginn des Schuljahres ist in der Ausführungsverordnung zu diesem Gesetze für das ganze Land einheitlich zu bestimmen. Schulgemeinden, in denen die Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, können mit Genehmigung der obersten Schulbehörde bestimmen, daß das Schuljahr für höhere Volksschulen sowohl an dem allgemein bestimmten Zeitpunkte als auch an einem ungefähr in der Mitte des Schuljahres gelegenen Zeitpunkte beginnt.“

Die folgenden Paragraphen bis zum § 7 sind von der Zwischendeputation der Ersten Kammer teils nach der Regierungsvorlage, teils nach den Vorschlägen der Zwischendeputation der Zweiten Kammer angenommen worden. Dagegen sind bei § 8, betreffend die Schulpflicht, folgende Abänderungsanträge gestellt worden. So soll Abs. 2 dieses Paragraphen nach den Vorschlägen der Deputation der Ersten Kammer folgenden Wortlaut erhalten: „Von den Eltern oder Erziehern der Kinder, für welche die Schulgemeinde ihre Schulen einzurichten und zu unterhalten hat, ist ein gewisses Schulgeld zu erheben. Bei der Fortbildungsschule kann von Erhebung des Schulgeldes abgesehen werden. Unvermögende sind von der Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise zu befreien. Das Nähere bestimmt die Ortschulordnung.“ Bis zum § 15 beantragt die Deputation, sich mit den Vorschlägen der Zwischendeputa-

tion der Zweiten Kammer resp. mit der Regierungsvorlage einverstanden zu erklären.

Auch bei § 18, betreffend den inneren Ausbau der Volksschule, hat die Deputation der Ersten Kammer für den Absatz 4 einen Änderungsantrag gestellt, der wie folgt lautet: „Wo es die Verhältnisse gestatten, sollen Kinder wöchentlich im dritten Schuljahre wenigstens 20 Unterrichtsstunden, im vierten Schuljahre wenigstens 22, vom fünften Schuljahre an die Knaben wenigstens 26 Unterrichtsstunden (ausschließlich Turnunterricht), die Mädchen wenigstens 24 Unterrichtsstunden (ausschließlich Handarbeits- und Turnunterricht) erhalten. So lange Haushaltungs- und Kochunterricht erteilt wird, kann die Stundenzahl der Mädchen bis auf 22 ermäßigt werden. Für § 19 des Gesetzes, betreffend die höheren Abteilungen hat die Zwischenkommission noch folgenden Zusatz angefügt: „Der Lehrgang kann auf das 9. und 10. Schuljahr ausgedehnt werden. Jede Klasse soll nur einen Jahrgang umfassen. Die Zahl der wöchentlichen Lehrstunden ist entsprechend zu erhöhen.“

Für die §§ 20, 21 und 22 sind keine nennenswerten Änderungen beantragt worden, dagegen wünscht die Deputation bei § 23 noch folgenden Schlusssatz: „Bei Neuerrichtung oder Erweiterung von Schulgebäuden soll Vor- sorge getroffen werden, daß einem Direktor nicht mehr als 40 Klassen unterstellt werden.“

Wichtige Änderungen wünscht die Zwischenkommission für den § 24, der die Schulleitung und Ortschul- aufsicht betrifft, indem sie für diesen Paragraphen folgende Fassung vorschlägt: „1. In Schulen, an denen kein Direktor, aber mehrere Lehrer angestellt sind, stehen dem von der Bezirkschulinspektion bestimmten leitenden Lehrer (Hauptlehrer) bei Entwerfung des Lehrplanes, bei Auf- stellung des Stundenplanes und bei Anordnungen von Stellvertretungen die gleichen Befugnisse wie dem Direktor zu. Er hat von Zeit zu Zeit eine Lehrerversammlung einzuberufen, von der allenthalben das in § 23, 4 zu gelten hat. Ueber wahrgenommene Pflichtwidrigkeiten hat er dem Bezirkschulinspektor Anzeige zu erstatten.“

Für den Paragraphen, der die Schulpflicht be- handelt schlägt die Deputation für Absatz 2 folgende Fassung vor: „In Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern haben die aus der Volksschule entlassenen Mädchen die Fortbil- dungsschule je nach dem Umfange des wöchentlichen Fort- bildungsunterrichtes noch ein oder zwei Jahre zu besuchen. In kleineren Gemeinden können Fortbildungsschulen durch Übereinstimmenden Beschluß des Schulvorstandes und der bürgerlichen Gemeindevertretung eingerichtet werden und kann die Verpflichtung zu deren Besuch auf ein oder zwei Jahre vorgeschrieben werden.“ Als Absatz 3 a dieses Para- graphen wird dann schließlich noch folgender Passus vorge- schlagen: „Der Besuch eines von der obersten Schulbehörde als ausreichend anerkannten hauswirtschaftlichen Lehr- ganges, der im ganzen mindestens 120 Unterrichtsstunden umfaßt, befreit von der Verpflichtung zur Teilnahme am Fortbildungsunterricht.“

Bezüglich der Aufsicht über den Religions- unterricht hat die Zwischenkommission folgenden An- trag Dr. Schanz und Genossen angenommen: „Die der kirchlichen Oberbehörde zustehende Aufsicht über den Reli- gionsunterricht ist zunächst der Ortspfarrer aus. Die kirchliche Oberbehörde kann sie an Stelle des Ortspfarrers einem anderen Geistlichen übertragen.“ Ebenso wichtig ist zweifellos nachstehender Antrag der Deputation zu § 39, betreffend die Anstellung der Lehrer: „An den Volksschulen sind nur Lehrer anzustellen, die dem Bekennt- nisse der Schule angehören. Doch können auch Lehrer evan- gelisch-reformierten Bekenntnisses an evangelisch-lutheri- schen Schulen angestellt werden; nur zur Erteilung von Religionsunterricht an diesen Schulen sind sie nicht berech- tigt. An der Fortbildungsschule können auch Lehrer des Bekenntnisses der Minderheit verwendet werden.“

Wie zum § 48, der den Schulvorstand und dessen Zuständigkeit behandelt, hat die Deputation keine wesent- lichen Änderungen an den Beschlüssen der Zwischenkom- mission vorgenommen oder sie hat sich mit den Paragraphen der Regierungsvorlage einverstanden erklärt. Dagegen hat sie für Absatz 3 des § 48 folgende Fassung vorgeschlagen: „Der Vorsitzende des Schulvorstandes oder ein anderes vom Schulvorstande dazu beauftragtes Mitglied kann die Klassen während des Unterrichtes besuchen, hat aber hierbei und vor den Schülern Bemerkungen zu unterlassen.“ Ebenso wünscht die Deputation, daß § 49 Abs. 2 dahin abgeändert wird, daß der Ortspfarrer dem Schulvorstande angehö- re.

Die übrigen Paragraphen sind in der Hauptsache nach der Regierungsvorlage resp. nach den Beschlüssen der Zwi- schenkommission angenommen worden. Nur bei den Ueber- gangs- und Schlußbestimmungen hat die Deputation noch folgende Änderungsanträge angenommen: 4a. Die den Schulgemeinden in Gemäßheit des Gesetzes, die Bewilligung fortdauernder Staatsbeihilfen an die Schulgemeinden be- treffend, vom 26. April 1892 zu dem Dienstlohn der Lehrer und Lehrerinnen zu gewährenden Staatsbeihilfen sind, sofern die sonstigen Voraussetzungen jenes Gesetzes er- füllt werden, bis auf weiteres für alle Lehrkräfte zu be- willigen, wie an Volksschulen im Sinne von § 18 dieses Ge- setzes angestellt sind.

Bei der Zweiten Kammer

sind folgende Anträge Dr. Dietel, Günther zum Entwurfe eines Volksschulgesetzes eingelaufen: Die Kammer wolle be- schließen: 1. bei Annahme des Antrages Range und Ge- nossen zu § 7 Ziffer 1 als Ziffer 2 bis 5 folgendes anzu- fügen: 2. Der Religionsunterricht wird in dem Bekennt- nis erteilt, dem die Mehrheit der Einwoh- ner der Schulgemeinde angehört. 3. Für den Religionsunterricht der Kinder von Angehörigen eines Be- kenntnisses der Minderheit hat die Schulgemeinde dann zu sorgen, wenn mindestens 50 Kinder gleicher Bekenntniszu- gehörigkeit die öffentliche Volksschule während der letzten drei Jahre besucht haben.

Aus Stadt und Land

Dresden, den 25. November 1912

Se. Majestät der König begibt sich am 4. Dezember zur Jagd nach Schönfeld zum Kammerherrn Freyherrn von Burgk.

Zum 25. Jahre Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers ist auch in Dresden eine größere Feier geplant. Der Bürgerausschuß für vaterländische Kundgebungen wird sich in einer am Montag abend stattfindenden Versammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Sachsen im Reichsetat. Sachsen ist im neuen Reichsetat mehrfach vertreten. Aus Anlaß der Geeres- verwaltung sollen im Rechnungsjahre 1913 in Sachsen neu errichtet werden: Ein Bataillon Infanterie mit niedrigem Etat, sowie ein Regimentsstab und ein Bataillon Fuß- artillerie. Der Postetat nimmt Grundstücksankäufe und Bauten für folgende sächsische Orte in Aussicht: Dresden 19 (Striesen): Grunderwerb und Neubau, Dresden 24: Neu- bau; Leipzig (Augustusplatz): Um- und Erweiterungsbau, Leipzig: Postverladestelle; Chemnitz: Um- und Erweiterungsbau. Raten zu Grundstücksverwertungen und Bauten sind eingestellt für Bauten in Dresden (Postplatz), Leipzig (Haupt- bahnhof), Leipzig (Augustusplatz), Leipzig (Postkassendamt) und Aue (Erzgeb.).

Wetterprognose der Königl. Sächs. Landes- wetterwarte zu Dresden für den 24. November: Westwinde, wolkig, tagsüber mild, kein erheblicher Niederschlag.

Allgemeine Wetterlage: Hoher Druck mit mehr als 770 Millimeter Barometerstand lagert über Frankreich. Ueber Südrussland ist der Druck infolge der Bewegung des Tiefes in östlicher Richtung zurückgegangen. Die Wirkung des Hochs besteht in einer Zunahme der Bewölkung und der Temperatur. Da das Hoch sich langsam nach der Mitte des Festlandes ausbreitet, sind erhebliche Niederschläge künftig nicht zu erwarten. Mildes, wolkiges Wetter wird anhalten.

Wasserstände der Moldau und Elbe:

23. Novbr.	+ 2	- 4	+ 66	+ 88	+ 70	+ 99	- 68
25. Novbr.	+ 2	- 4	+ 61	+ 74	+ 68	+ 98	- 52

Auszeichnung. Ein hochverdienendes Mitglied der katholischen Gemeinde zu Dresden-Johannstadt Frau Landes- älteste Veronika Fischer hat von Sr. Heiligkeit dem Papste das Kreuz pro ecclesia et pontifico für ihre große Hülfsarbeit zur Milderung der Noth im unserm Lande erhalten. Der Hochwürdigste Herr Bischof Dr. Schaefer hat ihr die Auszeichnung gestern überreicht.

Soziales Bureau. Der vom Sozialen Bureau Antonstraße 7 pr. eingerichtete Vesperaal für die Schul- jugend unserer hiesigen Bezirksschulen erfreut sich eines steigenden Interesses und einer wachsenden Besuchszahl. Waren doch an einem der Wochentage, welcher von 1/2 5—7 Uhr nachmittags für die Knaben bestimmt ist, schon ca. 70 Schüler anwesend, und es war eine Freude zuzusehen, wie Kinder und ausgewählte Bücher gelesen wurden. Auch die Mädchenabende Donnerstags waren ausgiebig besucht. Da diese Einrichtung von großem Werte für Schule und Haus ist und die Darbietung einwandfreier, katholischer Vorträge dem großen Lesedrange der Jugend in geeigneter Weise entgegenkommt, hat sich eine Kommission gebildet, welche noch weitere Kräfte kooptieren will, um den Ausbau dieser katholischen Vespereale in die Wege zu leiten und in den anderen Stadtvierteln gleiche Einrichtungen zu treffen. Möchte dieses Bestreben eifriger Jugendfreunde allseitige Anerkennung und Unterstützung finden! Gerade durch diese Einrichtung, den Kindern besonders an den Winterabenden einen angenehmen, warmen Raum mit schönen Büchern zu bieten, wird der allseits gewünschte Kampf gegen den Schund in wirksamer Weise ausgenommen. Bemerkenswert sei noch, daß der Eintritt der Kinder von der Entscheidung des Klassenlehrers abhängig gemacht wird, welcher nur an geeignete Kinder die Eintrittskarten verausgibt. Auch werden die Bücher den Kindern nicht nach Hause mitgegeben. Da viel Lesestoff erforderlich ist, ersuchen wir, und durch unent- geltliche Ueberlassung von katholischen Jugendbüchern usw. zu unterstützen. Auf Wunsch werden solche nach telephonischer Mitteilung (8136) gern abgeholt. Manches Buch, welches im Haushalt keine Verwendung mehr hat, da die Kinder herangewachsen sind, kann auf diese Weise noch reichen Segen stiften.

Baugen, 24. November. (Eine Neugestaltung) des Polizeimeldewesens ist in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, da sich das jetzige Meldewesen als gänzlich veraltet und unzuverlässig herausgestellt hat. Eine wesentliche Besserung erhofft man durch die Einführung des Kartensystems, wie dies bereits in anderen großen Städten mit Erfolg durchgeführt worden ist.

Chemnitz, 24. November. (Vom Hauptpostamt — Gewerkekammer). Ein Um- und Erweiterungsbau des Hauptpostamtes ist für das nächste Jahr seitens der Reichs- postverwaltung in Aussicht genommen. — Die Chemnitzer Gewerkekammer beschloß, im Jahre 1913 von den zur Gewerkekammer Beitragspflichtigen einen Steuerfuß von 8 Pfennige pro Mark Einkommensteuer zu erheben.

Aus dem Erzgebirge, 24. November. (Reichliche Schneefälle) sind in den letzten Tagen auf den Höhen von Altenberg und Geising eingetreten. Infolgedessen ist der Ski- und Schlittensport wieder in vollem Gange.

Freiberg, 24. November. (Zwei Stiftungen) in Höhe von 8000 Mark hat Frau Fabrikbesitzer Galm im Sinne ihres verstorbenen Gatten dem Stadtrate übergeben. Die eine Stiftung ist mit einem Kapital von 5000 Mark für würdige Arme der Stadt Freiberg und die andere mit 3000 Mark für hilfsbedürftige Kranke und Arme bestimmt. Die beiden Stiftungen werden den Namen „Paul Galm- Stiftung“ tragen.

Leipzig, 24. November. (Gegen die Ausländererei in Leipzig) wandte sich aus Anlaß eines Antrages des Deutschen Wehrvereins Rittmeister Johannes in einer Ver- sammlung des Leipziger Wehrvereins. Er wies auf den Mangel an Nationalbewußtsein hin, der besonders in der Verherrlichung Napoleons hervortrete. Auch in der Literatur habe sich dies vielfach gezeigt. Notwendig sei eine durch- weg gute deutsche Ausdrucksweise, sowie das Verschwinden aller unnützen Fremdwörter und eine Wählung in der

Verbodung ausländischer Heroen in Kunsthandlungen königliche Erscheinungen sind übrigens auch in anderen Großstädten beobachtet worden.

Meißen, 24. November. (Die Errichtung) einer städtischen Handels- und Gewerbeschule ist von den städtischen Kollegien geplant, weil die jetzt den Zwecken der Handels- schule dienenden Räumlichkeiten den Anforderungen nicht mehr genügen. Die Kosten für den Schulneubau sind auf 200 000 Mk. veranschlagt, wozu noch ca. 15 000 Mk. für die innere Ausstattung kommen.

Bittau, 24. November. (Die Kinematographen- steuer) ist in der letzten Ratssitzung einstimmig angenommen worden. Die Steuer wird nach dem Preise der Eintritts- karten erhoben und beträgt bei einem Eintrittspreis bis zu 50 Pfennige: 10 Pfennige, bis zu 1 Mark: 20 Pfennige, bis 2 Mark: 30 Pfennige und über 2 Mark 50 Pfennige. Wenn die kinematographischen Darbietungen ausschließlich volkserzieherischen, gemeinnützigen, wohltätigen oder künst- lerischen Zwecken dienen, kann der Stadtrat auf Antrag die Steuer ganz oder teilweise erlassen.

Bittau, 25. November. (Die Gewerkekammer) beschloß in ihrer letzten Sitzung auf Vorschlag des Handwe- rauschusses dem Gedanken der Errichtung einer Kranken- unterstützungskasse für selbständige Handwerker und Gewerbe- treibende des Kammerbezirks näherzutreten.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

Dresden-Johannstadt. Es sei hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die weltliche Kirchweihfeier heute Dienstag abend in Hammer Hotel, Augustburger Straße, stattfindet.

Leipzig. (Katholisches Kasino.) Mittwoch, den 27. November 1912 findet im Gesellschaftshaus „Metropol“ Gottschewstraße 13, das 48. Stiftungsfest bestehend in Konzert, Theater und Ball statt. Anfang 8 Uhr.

Letzte Telegramme

Hamburg, 24. November. Der Dampfer Edea der Hamburg-Amerika-Linie hat am 23. November um 7 Uhr 20 Min. morgens die aus dem Kapitän und 13 Leuten bestehende gesamte Besatzung des englischen Dampfers Rochefort übernommen. Der Dampfer Rochefort befand sich in sinkendem Zustande, herbeigeführt durch eine Kollision mit einem holländischen Fischergespanne, die um 5 Uhr morgens erfolgt war. Rochefort ist um 8 Uhr gesunken. Die Leute sind heute nachmittag um 5 Uhr hier gelandet und von der englischen Mission untergebracht worden. Der untergegangene Dampfer war von Hamburg mit einer Ladung Korn nach Rouen bestimmt.

Tödliche Folgen durch Unvorsichtigkeit. Braunschweig, 25. November. Wie die „Braun- schweig. Landesztg.“ berichtet, wollte gestern abend in Grehdorf bei Dornburg der bei seinen Eltern zu Besuch weilende Lehrer Schürmer diesen einen Revolver zeigen. Dabei ging der Schuß los, der die Mutter tödlich verletzte. In seiner Verzweiflung hat dann, wie aus einem hinter- lassenen Briefe hervorgeht, Schürmer den Vater und sich selbst erschossen. Da die alten Leute das Haus allein bewohnten, wurde der Vorfall erst heute vormittag von der im Orte wohnenden Tochter entdeckt.

Die Wahlen in Rumänien. Bukarest, 24. November. Bei den heutigen Kammer- wahlen im 2. Wahlkollegium sind gewählt worden 13 Kon- servative, 38 konservative Demokraten, 12 Liberale und 3 Unabhängige. 6 Stichwahlen sind erforderlich.

Ueberschwemmungen in Rumänien. Bukarest, 24. November. Infolge andauernder Regen- fälle werden aus dem Lande neue Ueberschwemmungen gemeldet. — Der Sanitätsdienst entsendet zwei weitere Am- bulenzen.

Panik in einem Zirkus. Bilbao, 24. November. In einem vollbesetzten Zirkus entstand durch einen Aus „Feuer“ eine Panik, 20 Kinder, mehrere Frauen und Greise wurden erdrückt.

Bilbao, 24. November. Der Zirkus war infolge des sehr mäßigen Eintrittspreises stark überfüllt. Die Polizei war außerstande, die durch den Aus „Feuer“ wild gewordenen Menschenmassen zu beruhigen. Abgesehen von den Getöleten, wurden viele Zuschauer, hauptsächlich Frauen und Kinder, verletzt. Ein Brand hat überhaupt nicht stattgefunden.

Bilbao, 24. November. Nach neuen Angaben sollen bei der Panik im Zirkus 40 bis 50 Personen umgekommen sein. Das Aufsichtspersonal des Zirkus ist verhaftet.

Bilbao, 25. November. Die Gesamtzahl der bei dem Unglück in dem Zirkus umgekommenen Personen be- trägt 44, darunter befinden sich 6 Frauen.

Letzte Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Paris, 25. November. Der Belgrader Sonderber- richterstatter des „Matin“ will erfahren haben, daß die Tür- kei das Ansuchen gestellt habe, in den Balkanbund aufge- nommen zu werden. Die Türkei wolle der Verbündete der Balkanstaaten werden, dabei jedoch die Gebiete weiter be- halten, die sie vor dem Kriege besessen hätte. In amtlichen Kreisen habe man versichert, daß es sich vorläufig um einen offiziellen Vorschlag handle. Derselbe wird hierin nicht überraschen, die die türkische Verfassung kennen und wissen, daß die Türkei die vollendete Tatsache nur dann anerkennt, wenn man ihr das Messer auf die Brust setzt. Die Türkei wird im Verlaufe der Verhandlungen zweifellos noch andere unannehmbare Gegenwortsätze machen, und die Balkanverbündeten fürchten eher, daß sie gezwungen sein würden, nach Konstantinopel, ja nach Brussa zu gehen, um den Türken zu beweisen, daß sie vollständig geschlo- gen seien.

London, 25. November. „Daily Telegraph“ meldet aus Durazzo vom 24. November: Flüchtlinge aus Triest und anderen Orten Albaniens berichten, daß die Serben die albanische Bevölkerung niedermetzten. Aus Varna kommt die Nachricht, daß die Serben ihre türkischen Gefangenen

Stadt ein- kommen. Erweit- braucht n- erbliden; die Finm- hurch an- freitung- größerer- dungen d- nicht M- Monarch- Wälsch- zu fallen. über son- derung- se es ist- und seine- ihre Med- Die- falt an- kann nur- Staats- zeugung- starker u- und Stal- welchem U- Biederrei- zu diese- wärtig da- wätschen- Es ist- des Drei- eine Ver- tor allen- nicht ber- um der- nehmen, i- der Balk- zum Aus- nachdrück- nicht auf- essen wol- Auch- Krieg aus- von Ruß- Zeitung“- erwarlen- Wort der- Serben e- nen, weld- logisch da- Uebe- allerhand- Nachricht- respondire- Mobilisier- Zeitungen- türische G- trieben. fletierun- somit um- alle Geri- — I- wohl die- Korrespon- des Reich- deutliche- Partei n- Wahlberei- auch ein- einmal die- — I- Schau gro- Mittel zu- die als- über den- Abgeordn- — I- Der bay- einigten- wie die- Sonntag- protestant- Städte er- wohl die- v. Examen- gleichwohl- — I- gelischen- die Beha- wärtiger- Preußen- Bundesra- Der pres- bisheriger- aber, dem- mit den- bezug der- Blatt zu- Tätigkeit- grenzen- darf daß- und die- laubte ge- vom Bun- von der- sch die

töteten. Die Mohammedaner boten den österreichischen Konsul um Schutz für ihre Familien für den Fall eines terroristischen Einmarsches in Durazzo.

Konstantinopel, 25. November. Der Handelsminister Meschid, der erste Bevollmächtigte für die Waffenstillstandsverhandlungen, wird heute nacht nach dem Hauptquartier abreisen. Der Staatsrat Chadan Bey, der sich im Hauptquartier befindet, ist zurückberufen worden und gestern hier angekommen. Er wird nicht an den Verhandlungen teilnehmen.

Belgrad, 24. November. Nach einer der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft zugegangenen Meldung ist der Konsul Ebl gestern in Ueslöv eingetroffen und hat heute die Reise nach Pragred fortgesetzt.

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

Dresden. (Weihnachtsmärchen-Premieren.) Die Festtage der Kleinen haben wieder begonnen, wo sie gleich den Großen ins Theater gehen dürfen, um sich ein Spiel von den schönsten Märchenbüchern vorkaufeln zu lassen. Die beiden Märchentheater haben auch heuer wieder nichts Neues gebracht, sondern sich mit älteren „Schlagern“ begnügt. Das ist ganz recht, weil gerade die Märchenrollen der letzten Zeit wenig Schauliches zutage förderten. Voran ging am Sonnabend das Zentraltheater mit dem Geißler-Eiltriebschen Weihnachtsmärchen „Die Räufelkönigin“.

Wald in die Stadt kam — sie entspricht allerdings nicht der Geschichte — sind recht feurig und für das Rindergemüt wohlgeegnet. Die Aufführung unter Dir. Gordon kann sich sehen lassen. Fritz Bako und Franz Horazek als Prinzen, Ludwig Köppl als Hader Prägelnob, der recht lustige und nett aussehende Max Schwarz als Besenbinder, das amüßige Karl Renter als verwundete Prinzessin und last not least Richard Wendig als grimmer Wolfgröndler waren alle auf ihrem Posten. Die Einstudierung der Ballett-Einlagen hatte wieder Herr Ballettmeister Horn übernommen. Es gab ja ganz hübsche Bilder, aber etwas Neues ist ihm nicht eingefallen. Alljährlich sieht man dieselben Stellungen, dieselben Lichteffekte; ist es denn gar so schwer, einmal Abwechslung zu bringen? — Bedeutend älter ist das Märchen, das im Residenztheater Sonntagnachmittag neuinszeniert in Szene ging. Es heißt „Schneeweißchen und Rosenrot“ und entstammt der Feder des Herrn Dir. Karl Witt, der es mit A. Seelig und Kapellmeister Brenner zusammen geschrieben hat. Der Autor versteht es ausgezeichnet, den Kleinen das Beste und Süßste aus ihren Märchenbüchern vorzusondern, und daß er dabei auf Trimm zurückgreift, ist um so mehr zu loben, weil ja Grimm es auch heute noch mit jedem Märchenbüchlein neueren Datums aufnehmen kann und kein anderer so populär geworden ist wie die bekannten Gebrüder. Die Handlung, in der die Hitzelbinnen, der verwunschene Prinz Edelgold und sein Bruder Wagemut, der hübsche Zwerg Sabakuf, der Hofnarz Joz und der dumme Jodel hebeulame Rollen innehaben, ist genügend bekannt. Der Autor erfand dazu ganz reizende, manchmal auch dramatisch bewegte Episoden, die ihre Wirkung auf die in großer Anzahl erschienenen Kinder nicht verfehlten. Und am meisten haben sich die Kleinen über das Ballett gefreut, das Herr J. Friedrich zum Sonder-Autor hat. Friedrich hat wirklich Geschmack und bringt jedes Jahr etwas Neues. Diesmal war es ein mittelmäßiger Aufzug der Schotten, Franzosen, Amerikaner, Russen, Italiener, Oester-

reicher und Deutschen mit einer Halbierung an Germania. Nach dem Austritt jeder Nation gab's Nationaltänze, von denen am besten der russische (Hr. Schardt und Hr. Lohde) und der österreichische (Donauwalzer: Deutschmeister und Kaiserinmädchen) gefallen. Endlicher Beifall und Hervorruf des Herrn Friedrich lobten die gewiß nicht zu knappen Tänze. Die Aufführung war in jeder Beziehung la. Um von den Darstellern nur einige zu erwähnen: Wieland spielte den Zwerg Sabakuf mit seiner Charakteristik ohne Uebertreibung und hatte schon nach seinem (von Herrn Brenner reizend komponierten) Auftrittstriebe starken Beifall; Saffell stellte den dummen Jodel übermäßig dar und Hellwig, die Wenzel (etwas zu rüchlich für Schneeweißchen), die Brill usw., sie alle waren famos am Platz. Autor und Komponist zeigten sich wiederholt dem begünstigten Publikum. Zok.

Briefkasten

L., Nabeberg. Palestina ist allerdings auch der Redaktion nicht ganz unbekannt. Wir bedauern, daß der Gezer den Namen des berühmten Komponisten in „Palestina“ verwandelt hat, glauben aber, daß der gebildete Leser die Korrektur sofort selbst gemacht hat. Sie dürfen nicht verzeihen — und auf diesen Umstand ist unfererseits in letzter Zeit schon oft hingewiesen worden — daß bei dem großen Umzug, der Neuorientierung der Notationsmaschine usw. Störungen nicht zu vermeiden sind. Auch die Zusammenarbeit von Setzer, Drucker und Redaktion ist dadurch beeinträchtigt und dadurch ist manchem Drucker das Leben gerettet worden. Also bitte nur ein wenig Geduld! Sie werden aus eigener Erfahrung wissen, daß man nicht „mit dem Kopfe durch die Wand“ rennen kann, und wir wollen aus eigener Erfahrung hinzufügen, daß der „Druckfehlerteufel“ selbst unter den glückseligsten Druckern und Redaktionsverhältnissen auch die größten Männer zu finden weiß. Palestina nicht ausgenommen.

Die auf der In find priert, wie f sowohl wie ist bekannt, hen haben, massafres zu allgugroße, unglugroße haben Kinopel zu f Bulgaren bi gu Lag a für sich, die Europa ver den heiligen xia usw. ver Anderle schulle für neue Zeit be den auf Bul schöne Fortf Wifariaten u Erdensschul Hufe Jugend ten und 15 gultin erfre Staatschule Barna gibt zur Kranke Auch e ten Gebiete Wenigstens Mgr. Mieg heit gewähr Prüber sein Wüschün das nie ver diese Befüh Wenn der Sorgen sein Heiligen e ständigen. Derzeit eine halbe Katholiken Salbinfel kan waren Christen de orthodoxen 1054 endgü dem Konzil genz VI. (1 quung mit 1439 logar von kurzer

Unerwartet verschied infolge Herzschlags am 21. November d. J. unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Privata **Augusta verw. Zomack geb. Bulang** in ihrem 70. Lebensjahre. Auf ausdrücklichen Wunsch unsrer teuren Entschlafenen geben wir dieses erst heute nach der Beerdigung bekannt. Dresden und Hamburg, 25. November 1912. Die trauernden Hinterbliebenen.

Elektr. Lichtbäder auch Teillichtbäder **Diana-Bad** Dros den, Bürgerwiese 22 Rino-Salbe hat eine langjährige harntückige Flechte schnell geheilt. Verbiid. Dank. Werde sie jedermann empfohlen. E., 13. 11. 11. E. P., Gärtner. **Keinen offenen Fuß hat Ihre Rino-Salbe schon geheilt. Alles andere hat nichts geholfen. Ich werde Rino-Salbe überall empfehlen.** St. G., 4. 12. 11. C. K. Rino-Salbe bewirkt bei Heil- leiden, Flechten, Hautleiden, offenen Wunden, aus- gesprungenen Händen. In Dosen von Mk. 1.15 und 2.25 zu haben in allen Apotheken. Achten Sie beim Einkauf auf den Namen Rino und die Firma Rich. Schuberl & Co., Weisbilla-Dresden. Nehmen Sie nichts anderes!

Ratholisches Kasino Leipzig Mittwoch den 27. Novemb. 1912 im Gesellschafts- haus „Metropol“, Gottschewstraße 18. **43. Stiftungsfest** Konzert Theater Ball Anfang 8 Uhr Gäste herzlich willkommen. Das Rennen in Dresden macht **Tymians Thalia-theater** Görlitzer Str. 6 telephon 4380 Linien 5 u. 7 Jeden 1. und 15. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11—1 Uhr Fidele Fröhshoppen m. Vorst. (20 u. 30 Pf.). Nachm. 4 Uhr Kleine Preise, ab 8 Uhr Gewöhnliche Preise. Donnerstag nachm. Damen-Kaffee m. Vorst. (30, 50, 75 Pf.). Vorzugskarten sind Wochentags und Sonntags nachm. gültig.

Chocolat Kohler Chocolat Zürcher, Montreux **Chocolat Lindt** C. Bär & H. Beyer Spezialgeschäft Schweizer Chocoladen u. feinsten Confitüren. 28 Schloßstraße 28, schrägüber vom Königl. Schloß.

Handschuh-Spezial-Geschäfte **Gebr. Wohlauf** Dresden-A. Handschuhe Krawatten **Altmarkt 8 Prager Str. 22** vis-à-vis Struvestr.

Neu eröffnet! **Zigarren- u. Zigaretten- W. J. Hiepsch** Dresden, Schloßstraße 32 gegenüber dem Königlichen Schloß Spezial-Geschäft Fernsprecher 12

Spiegel Photogr. Rahmen — Einrahmungen. **Mag Bähler, Dresden, Blasewitzer Str. 72** 30 000 Mk. auf erstklassige 1. Hypothek gesucht durch **Stabilitärer Opitz, Hainichen.**

ZAHN-PRAXIS F. W. Lechner americ. Dentist Dresden-A., Wettinerstraße 30. Zahnoperationen, Plomben, künstlicher Zahnersatz, Kronen- und Brückenarbeiten (plattenloser Zahnersatz). Spez.: Behandlung ängstlicher, nervöser Personen. Sprechstunden: Wochentags 9—6 Uhr. Sonntags 9—1 Uhr

Lose Ziehung 1. Klasse! 4. und 5. Dezbr. 1912 Königl. Sächs. Landeslotterie empfiehlt **Adolph Hessel Dresden-A** Fernspr. 6220 An der Kreuzkirche 1 pt., Eckhaus vom Altmarkt ANTON HIRSCH Präzisions-Uhrmacher Glashütter Uhren von A. Lange & Söhne, Goufer Uhren von Patek Philippe & Co. Feine Zinnsachen Verkauf Reparatur Dresden-A., Spornergasse 1 Ecke Schloßstraße

Selbst-Unterrichts-Werke **Methode Rustin** verbunden mit Fernunterricht **Die Handelsschule.** Einjährig-Freiwilligen-Prüfung. **Das Realgymnasium.** Der Präparand. **Die Oberrealschule.** Mittelschullehrer-Prüf. **Das Abiturientenexam.** Der gebildete Kaufmann. **Die Höh. Mädchenschule** Der Militäranwärter. **Die Studienanstalt.** Der Bankbeamte. **Das Lyzeum.** **Das Lehrerinn.-Seminar** **Das Konservatorium.** Diese ausgezeichneten 17 Werke besprechen: 1. den Besuch wissenschaftlich. Lehranstalten vollständig zu ersetzen; 2. eine umfassende gediegene Bildung zu vermitteln; 3. auf Examen vorzubereiten. Der Zweck wird erreicht: a) daß der Unterricht wissenschaftlicher Lehranstalten auf das Sorgfältigste nachgeahmt wird; b) daß der Unterricht in so einfacher und gründlicher Weise erteilt wird, daß jeder den Lehrstoff verstehen muß; c) daß durch dauernde Selbstprüfung, fortgesetzte Wiederholungen und ständige Übungen das Erlernis dauernd befestigt wird; d) daß bei dem Fernunterricht auf die Veranlagung jedes Schülers besondere Rücksicht genommen wird. Große Sammlung v. Dank- u. Anerkennungscheinen kostenlos. Kleine Teilzahlungen. Ansichtsendungen bereitwillig. **Bonneß & Hachfeld, Potsdam, SO.**

M. Wendt Papierhdlg. Hoflieferant, Dresden, Struvestraße 7. Wegen Ausmietung Prager Straße 1 verlegte mein Geschäft nach Struvestraße 7 und bitte um gütigen Besuch bei eintretendem Bedarf. — Fernsprecher 9916.



Die Zukunft des Katholizismus auf der Balkanhalbinsel und im Orient

In kirchlichen Kreisen wird jetzt eifrig die Frage erörtert, wie sich die Lage der katholischen Kirche am Balkan sowohl wie im Orient in der Zukunft gestalten wird.

Andererseits aber verspricht man sich nach dem Friedensschlusse für die katholische Kirche in den Balkanländern eine neue Zeit des Aufschwunges. Die meisten Hoffnungen werden auf Bulgarien gesetzt, wo auch bisher der Katholizismus schöne Fortschritte machen konnte.

Auch Serbien dürfte den Bewohnern der neu eroberten Gebiete weitestgehende Glaubensfreiheiten gewähren. Wenigstens sagte König Peter zum Erzbischof von Ueskub

Derzeit besitzt die katholische Kirche auf dem Balkan über eine halbe Million Gläubige. Zimmerhin aber bilden die Katholiken kaum 2 1/2 Prozent der Gesamtbevölkerung der Balkanhalbinsel.

hundert. Die letzten Schritte, eine Annäherung dieser beiden Kirchen herbeizuführen, geschahen unter Papst Leo XIII. im Jahre 1894, die aber völlig erfolglos blieben.

Vereine und Vereinsarbeit

Die Anregung, Katholikentage in Sachsen abzuhalten, hat sicherlich in den Herzen vieler Katholiken mächtigen Widerhall gefunden. Daß solche glänzend verlaufen und auch von Erfolgen gekrönt sein würden, steht wohl außer Zweifel.

Noch einen anderen Wunsch habe ich, und zwar speziell für Dresden. Wäre es nicht möglich, daß einmal von bekannten großen Rednern ein Zyklus von Vorträgen im Winterhalbjahre abgehalten würde?

Wäre die oben erwähnte Versammlung ein Ansporn gewesen sein zu größerer intensiver Entfaltung katholischen Lebens, auch in der Öffentlichkeit.

Volkswirtschaft und Soziales

Soziale Vorträge. Man schreibt uns aus Halle a. S., 22 November: Der Führer der sozialistischen Bewegung und Herausgeber der „Sozialen Studentenblätter“ und der neuen Zeitschrift „Die Volksgenossen“, Herr Dr. Sonnenstein-W. Gladbach, der sich eifrig bemüht, die katholische Studentenschaft sozial zu interessieren, hat in dankenswerter Weise auch die hiesige katholische Studentenschaft zu einem Vortrage eingeladen.

Weisfall folgte den pacifenden und hochinteressanten Ausführungen. Als praktischer Erfolg ist die Errichtung einer Zentrale für soziale Studentenarbeit in Halle, Mauerstraße 12, Fernsprecher Nr. 2434, zu verzeichnen.

Bermischtes

Devedjencienend in Konstantinopel. Gott und Telegaph haben in der neuen Türkei keine Fortschritte gemacht, trotzdem ein gelernter Telegraphenbeamter, Zalaat Bei, Postminister und ein belgischer Fachmann sein Berater waren.

Wieviel Bier wird getrunken? So mancher hat schon am Viertische gedacht, ich möchte nur wissen, wieviel Bier in Deutschland alljährlich getrunken wird.

„O, mein Gott!“ redet der Alte dazwischen, „was wir zwei wohl derichtet hätten, wenn der Pauli nit g'we'n wär. Bräu!“

Zwei Wochen sind seitdem vergangen. Da kommt die Wildbachkommission herein in die Sperlen und schätzt und taxiert, rechnet und mißt — den ganzen langen Tag.

„Ein Glück, daß wenigstens auf Grünhag die Deut ordentlich haben wehren können — sonst hätt's gespult droben am Eck bei der Wassermauer,“ meint der Ingenieur von der Statthalterei nachdenklich.

Da sagt die Ranni bescheiden und ruhig: „Wir hätten's nit g'richtet, wenn uns nit der Weggerpauli dabei geholfen hätt.“

„Der Weggerpauli? Der von Kirchberg? War der nit bei den Schäfers?“ fragt der Ingenieur. Und wie das Diendl drauf nickt, meint er: „Den kenn ich gut!“

Jetzt wird's Ernst. „Zagara!“ meint der Mehlspeisemeager, „da muß eine Mur (Erde-Lawine) abgegangen sein. Wei Diaber, so viel Erd'n!“

Einem wilden Bach aber den Wea verstopfen, das ist was Arges, was Schredliches. Welligal's, so schickt das Wasser über die Felser dahin, alles unter sich vermüllend.

All das schickt dem Pauli jetzt durch der Kopf. Und wie er endlich aus seinem Sinnieren aufwacht, sieht er schon, wie sich hinter der Erdzunge, die die große Mur bildet, ein kleiner See ansammelt.

Er ruft und ruft, aber lang dauert's bis die beiden Zwergmoosertischen endlich daberkommen.

Ohne Bedenken steigt der Bua mitten hinein auf den Erdwall. Er hemmt eine mächtige Stange mit aller Menschengewalt dagegen. Aber alles, was er erreicht, ist ein kleinvingsiges Loch, das gleich wieder verdeckt wird.

Die Ranni begreift ihn gleich, ihren Buam. Sie steigt ihm nach, und hilft bohren und gerren. Und geschickt ist die Diru, gerade im richtigen Winkel legt sie ein.

Die Zeit benützt der Pauli und feuert etliche Schüsse hinaus in die finstere Nacht.

ite 4
manta. Nach
men am besten
nd der über-
emodern) ge-
bedlich lobten
war in jeder
zu erwidern:
Charakteristik
(von Herrn
ken Weisfall;
nd bar und
neueweihen),
or und Rom-
m. Zok.
er Redaktion
den Namen
hat, glauben
elbst gemacht
Umstand ist
n — daß bei
maschine usw.
ensarbeit von
acht und da-
worden. Also
er Erfahrung
and' rennen
en, daß der
uderet- und
staben weiß.
pzig
llschafts-
st
11
ater
en 5 u. 7
Sonntag
. 30 Pt.).
o Preise.
75 Pt.).
n. gültig.
SO!
. 1912
slotterie
esden-A
spr. 6220
tmarkt
ke
rricht
chule.
willigen-
and.
er-Prät
aufmann
wörter.
ante.
torium.
on Besuch
n; 2. eine
if Examen
Unterricht
ste nach-
und gründ-
verstehen
te Wieder-
uend be-
ranlagung
wird.
kostenlos
willigst.
1. SO.
ndig.
schäft nach
bei ein-
3.

„Ärteste Mann“ nicht träumen lassen. Ebenso überroft wird man sein, wenn man hört, daß die jährlich verzehrte Biermenge in einem Normaljahr rund 70 Millionen Hektoliter beträgt.

Literatur

Dichterstimmen der Gegenwart, illustrierte Monatschrift für Poesie und Literatur. Herausgegeben von Leo Lede von Heemstede. 27. Jahrgang, 3. Heft. Halbjährlich 3 Mark.

8. Kunst, Wissenschaft und Vorträge

1. Dresden. Rose und Ottilie Suro wirtzielten im Rahmen der an zwei Abenden eine nur wäho erschienene Bühnenschauspiel. Es ist entschieden schwer an zwei Abenden präzis zu spielen.

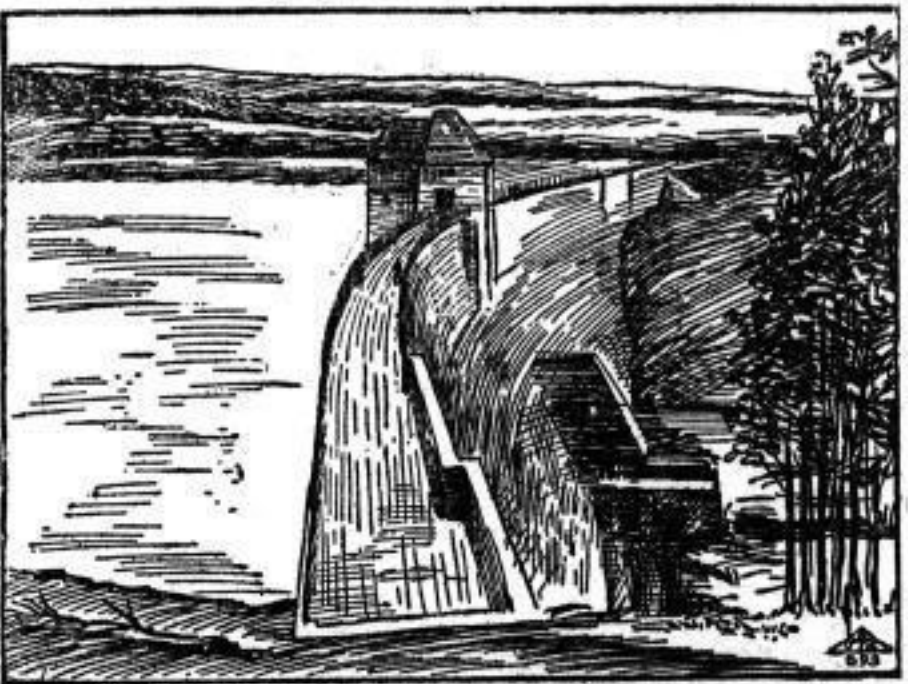
Spielplan der Theater in Dresden. Königl. Opernhaus. Dienstag: Die Weibhändler von Nürnberg. Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Ariadne auf Naxos. Anfang 1/2 Uhr.

Landwirtschaftliche Produktionspreise in Bitten

Landwirtschaftliche Produktionspreise in Bitten am 23. November 1912. (Nach amtlicher Feststellung durch den sächsischen Ausschuss.)

Getreide- und Produktionspreise in Dresden am 23. November 1912. Gegenstand, auf dem Markte von, bis, an der Börse von, bis.

Alle Familien-Anzeigen wie Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs-, Jubiläums-, Todesanzeigen finden in der 'Sächsischen Volkszeitung' zweckentsprechende Verbreitung.



Die Dreilägerbachlalsperre bei Rothen in der Eifel

Sie scheinen gehört zu werden, denn weiter hinaus knollt es auch. Leider stellt sich bald heraus, daß das keine Antwort war, sondern daß sich auch tiefer draußen im Groben Leute in Not befinden.

Das erste, was der Pauk schafft, ist, daß ein Diendl geschwind ins Dorf springt um Hils. In fünf Stunden kann's ja wieder da sein. Dann suchen die anderen alles, alles ab.

Advertisement for 'Nr. 270' featuring a portrait of a man and the text 'Fornspr 5079'.

Die Bestir zum Ausbruch firt werden, in mein. Den V ihrem offensicht en, ist es abe streuen und opt. Einen Mo later Krieg ge nachgelassen, u Vorgängen im tiert, bemerkt verfassung figt.

Die Haupt-Erfolge. Es wird gearbeitet und leicht als in — auch auf d aller Kraft w gesucht, den U besonders frud. Unsere La und wächst ne Religionsunter diese Blut hin selbst zu sichte dazu, vielen n jeder Versuch. Fachleute in als richtig er gefashten Grun Aufgabe zu er vorragendes V dieser Art ist Feder des Dre Titel: 'Die I chen E r ichte' im E Leipzig, Salo brängter, Licht 60 Seiten, un fonzburg. Dur